

Freiheit statt Vollbeschäftigung

Ute L. Fischer

Gleichheit im Zwang statt in Freiheit? Blinde Flecken in der feministischen Diskussion um ein Grundeinkommen

Replik auf Gisela Notz „Grundeinkommen gegen Ungleichheit und Armut? Anmerkungen aus feministischer Sicht“, in WIDERSPRUCH, H 49/05, S. 115-125

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens hat Feministinnen erreicht, wie der Beitrag von Gisela Notz im Heft 49 des ‚Widerspruch‘ dokumentiert. Dass er auf vehemente Ablehnung stößt, reizt zum Widerspruch, zu einer Auseinandersetzung mit den zentralen Einwänden. Der folgende Beitrag beleuchtet insbesondere die Konsequenzen einer Fixierung auf Erwerbsarbeit, wie sie in den Argumenten gegen ein Grundeinkommen zum Ausdruck kommt und die die gegenwärtige politische Debatte insgesamt prägt. Er stellt demgegenüber die Chancen für einen Freiheitsgewinn des Einzelnen und eine veränderte Anerkennungsordnung heraus, die ein Grundeinkommen enthält.

Der vermeintliche Aufschwung der ‚Bewegung‘

Notz attestiert der Forderung nach einem Grundeinkommen eine steigende Popularität. Wer die politische Debatte in der Öffentlichkeit und den Medien verfolgt, wird über diese Einschätzung erstaunt, vielleicht erfreut sein. Notz teilt die Freude nicht, denn sie sieht vor allem die Gefahren eines Grundeinkommens. Erstaunen aber erregt ihr Eindruck vor allem deshalb, weil es einige Jahre gedauert hat, bis überhaupt das Thema Grundeinkommen von Journalisten und einzelnen Personen in den Parteien aufgegriffen wurde. Das erste Aufflammen der Debatte in den 1980er Jahren war zumindest in Deutschland ohne Konsequenzen wieder verrauch. Erst seit 2005 gibt es einen deutlichen Aufschwung des Interesses und eine größere Aufgeschlossenheit. An ihm haben die von Notz genannten Protagonisten ihren Anteil. Doch die Entstehungsbedingungen dieser ‚zweiten Welle‘ betrachtet sie nicht. Sie bestehen in der Zuspitzung von Widersprüchen im gegebenen System sozialer Sicherung zwischen einem politisch forcierten Zwang zur Erwerbsarbeit auf der einen Seite bei gleichzeitiger Abnahme von notwendigen Arbeitsstunden zur Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums auf der anderen Seite. Ebenso wenig sieht sie die Barrieren einer umfassenden Verbreitung der Debatte in der Öffentlichkeit: ein Misstrauen in die Loyalität der Bürger und in ihre Fähigkeit, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Auch scheinen viele vor einer gründlichen Auseinandersetzung insbesondere mit der Vorstellung von einem sinnerfüllten Leben, die unser Land bestimmt, zurückzuschrecken: die Überbewertung von Erwerbsarbeit. Notz hält dem Grundeinkommen, ganz im Geiste der Verherrlichung der Erwerbsarbeit, selbst ein "Recht auf Arbeit" (S. 118) entgegen und verschließt sich damit den Blick auf das zentrale Argument

der Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens: dass es finanzielle Unabhängigkeit und Freiheit eröffnet sowie Selbstbestimmung in einem größeren Umfang ermöglicht als heute. Dies sind Forderungen, die von feministischer Seite immer geschätzt wurden. Mit einem Grundeinkommen soll nicht Arbeit abgeschafft oder der Zugang zu Erwerbsarbeit versperrt werden, schon gar nicht speziell für Frauen. Beseitigt werden soll der Zwang zur Arbeit. Sollte Notz hierin eine Gefahr sehen, so dass sie deswegen den Gegner derart aufbaut, um ihm mächtig entgegen zu treten?

Der Teufel steckt im Detail

Ihre Anerkennung finden Konzepte eines Grundeinkommens im Hinblick darauf, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen (S. 117), das sie durch die Bedingungslosigkeit, eine existenzsichernde Höhe und den individuellen Rechtsanspruch gewährleistet sieht. Zu Recht stellt sie fest, dass sich im ‚Netzwerk Grundeinkommen‘ – einem Zusammenschluss von Protagonisten der Debatte – unter dem Dach dieser allgemeinen Definition allerdings erhebliche Differenzen erkennen lassen, wenn es um die Konsistenz der konkreten Vorschläge mit dem allgemeinen Konzept geht: die Bedingungslosigkeit als zentrale Eigenschaft wird immer dann ausgehöhlt, wenn das Grundeinkommen an Verpflichtungen zu bestimmten Tätigkeiten geknüpft wird oder auf solche Personengruppen beschränkt bleibt, die nicht aus eigenen Kräften für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen, wie es etwa die Initiative "Freiheit statt Vollbeschäftigung" (Fischer u.a. 2003) vertritt, hat dies nichts zu tun. Sondern in solchen Konzepten wird der Charakter von Sozialtransfers als Ersatzeskommen und als Abweichung vom Normalmodell der Existenzsicherung aus Erwerbsarbeit aufrechterhalten. Die Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ subsumiert Notz hier irrtümlich unter das Netzwerk und zitiert sie als deren Philosophiegeber (S. 117).

Solchen Nachlässigkeiten in der Unterscheidung und Verortung verschiedener Vorschläge mag es geschuldet sein, dass Notz ihre Gegenargumentation an einigen Stellen entlang von Grundeinkommensmodellen entwickelt, die nicht den Geist der Freiheit konsequent ins Zentrum stellen. Nur dann kann man zu Schlüssen wie diesen kommen: Das Grundeinkommen werde v.a. befürwortet von denjenigen, die aus einer existenzsichernden Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, es ginge v.a. darum, diese sozial abzusichern (S. 116). Oder: Familienbezogene und ehrenamtliche Arbeit würde durch ein Grundeinkommen mit einem "Niedrigstlohn versehen und zudem unter Arbeits- oder Tätigkeitszwang geleistet werden" (S. 120). Für einzelne Modelle, die Notz vor Augen hat, trifft das zu, für ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht. Diesem Konzept nach soll es weder nur an nicht Verdienende ausgezahlt werden, noch trägt es den Charakter eines Lohnersatzes für geleistete ehrenamtliche oder andere Tätigkeiten. Im Gegenteil stellt ein bedingungsloses Grundeinkommen, das seinen Namen verdient, eine konsequente Entkopplung von Arbeit und Einkommen her. Indem es individuell ausgezahlt wird, ist die Einkommenssicherung für einen jeden unabhängig von einer Erwerbsarbeit gewährleistet. Wer darüber hinaus Einkommen erwerben will oder aus anderen Gründen einer Arbeit nachgehen möchte, muss sich auch zukünftig für den Arbeitsmarkt qualifizieren, eine entsprechende Beschäftigung suchen oder sich selbständig machen. Doch besteht dazu weder eine normative Verpflichtung noch ein finanzieller Zwang. Insofern eröffnet

dieser radikale Ansatz die Freiheit der Entscheidung des Einzelnen, seinen Beitrag zu leisten, wo immer er oder sie es für richtig hält.

Arbeit ist kein Selbstzweck

Diese Freiheit aber ist Notz suspekt. Mit vielen anderen teilt sie die Überzeugung, allein in der Erwerbsarbeit werde der Mensch zum Menschen, hier liege nicht nur die Quelle des Einkommens, sondern ebenso der Ort, an dem Status zugewiesen, Gemeinsamkeiten geschaffen, der menschliche Horizont erweitert, der Tag geordnet, dem Leben Sinn und den Menschen Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten gegeben werden. Kurz: Erwerbsarbeit ist der Ort, an dem Identität entsteht (S. 121). Daher ist für Notz nicht die Freiheit das höchste Gut, sondern der Zugang zu Erwerbsarbeit, das sie als einziges Feld der Selbstverwirklichung und Sinnstiftung anerkennt. Teilhabe an ihm wird zum Gradmesser erreichter Gleichstellung von Mann und Frau. In dieser Konzeption konstituiert sich der Mensch durch Arbeit, als habe sich seine Identität, sein Habitus, seine Vorlieben und Interessen nicht längst gebildet, wenn er auf den Arbeitsmarkt tritt. Wohl findet der Einzelne in der Erwerbsarbeit spezifische Formen der Anerkennung entlang seiner Arbeitsleistung, er entfaltet Fähigkeiten, die die berufliche Herausforderung ihm abverlangt. Doch die Bereitschaft, sich an eine berufliche Aufgabe zu binden, sich auf die Herausforderung einzulassen in seiner je spezifischen Art und Weise, diese grundlegenden Aspekte der Persönlichkeitsstruktur bilden sich in der Familie und in weiteren Stufen der Sozialisation. Hier wird der Einzelne im besten Falle anerkannt um seiner selbst willen, bedingungslos, ebenso wie der Bürger im Gemeinwesen Anerkennung findet, ohne einen speziellen Beitrag erbringen zu müssen. Selbst die Beteiligung an Wahlen stellen wir frei, binden nicht daran den Staatsbürgerstatus oder gar die Verleihung der Bürgerrechte. Eingedenk darin, dass ein Zwang zu solchen Beiträgen gerade zerstörte, was es fördern wollte: gerade in der freien Entscheidung zu diesem Beitrag die Bindung an das Gemeinwesen zum Ausdruck zu bringen und die Gemeinschaft zu befestigen. Hier herrscht ein anderes Prinzip als das der ökonomischen Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung, es ist das der Reziprozität, der gegenseitigen Achtung und der Bemühung, zu einem überindividuellen Ganzen beizutragen. Dazu dienen auch familiale und gemeinwohlbezogene Tätigkeiten, daher rührt ihre grundlegende Bedeutung und darin wurzelt ihre Sinnhaftigkeit, die derer der Erwerbsarbeit in keiner Weise nachsteht.

Arbeit dagegen hat keinen Zweck an sich, sondern dient der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, die Absatz finden. Insofern hat auch die Wirtschaft nicht die Aufgabe, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern Werte zu erzeugen. Dies wiederum ist nur möglich, wenn sie Arbeitsbedingungen schafft, die Leistung fördern. Notz hat ja recht in ihrer Einschätzung, dass ein Grundeinkommen einer „funktionierenden Wirtschaft“ (S. 121) bedarf. Die Frage ist jedoch, unter welchen Bedingungen sich die Wirtschaftsleistung entfalten kann, was die Voraussetzungen einer funktionierenden Wirtschaft sind, die sie für gegeben hält. Noch für die schlichtesten Routinetätigkeiten bedarf es der Leistungsbereitschaft. Und Voraussetzung für die Entfaltung dieser Bereitschaft ist ebenfalls die Freiheit der Entscheidung, diesen und nicht einen anderen Beruf zu wählen, diese und nicht eine andere Beschäftigung zu suchen. Den eigenen Neigungen und seiner Neugierde zu folgen, ist der beste Garant für Kreativität und

Leistungsfähigkeit. Auch aus der Perspektive der Wohlstandssteigerung, der Innovationskraft und Leistungserbringung eröffnet daher das Grundeinkommen neue Horizonte.

Für die Linke ist auch dieser Zusammenhang suspekt, weshalb den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens in gewohntem Ideologieverdacht vorgehalten wird, sie seien marktliberale Apologeten einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Notz befürchtet entsprechend, die Forderung nach einem Grundeinkommen führe zu einer falschen Kanalisierung im Sinne einer Befriedung des politischen Protestes gegen Fremdbestimmung und Ausbeutung (S. 116f.). Doch greifen bei diesen grundlegenden Fragen der Ausgestaltung unserer Zukunft die alten Schemata politischer Lager nicht mehr. Wenn wir Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung wollen, dann müssen wir auch die Verantwortung für unser Handeln übernehmen, dann sind nicht abstrakte Strukturen – etwa die einer Kapitallogik – unsere Gegner, sondern das Misstrauen in uns selbst. Denn ein Grundeinkommen fördert auch auf dem Arbeitsmarkt echte Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe um Beschäftigungsbedingungen und Entlohnung, indem die Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben ist. Dies aber stellt auch eine Zumutung dar, denn Schuldzuweisungen über eine fehlende Erfüllung oder unwürdige Arbeitsbedingungen entbehren der Grundlage, ein jeder und eine jede müsste sich selbst fragen, ob sie unter den gegebenen Bedingungen bereit ist zu arbeiten. An dieser Stelle haben die Gewerkschaften möglicherweise auch in Zukunft eine unterstützende Funktion.

Gleichheit im Zwang?

Wenn man jedoch, wie Notz, Arbeit, Sinnstiftung und Einkommen als zwingend verbunden denkt (S. 123) und nur in der Erwerbsarbeit die Möglichkeit sieht, einen sinnvollen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten (S. 121), für den ist eine "Ebenbürtigkeit zwischen den Geschlechtern" (S. 119), nur zu erreichen, wenn „die begrenzt vorhandene sinnvolle existenzsichernde bezahlte Arbeit und die im Überschuss vorhandene unbezahlte Arbeit auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts“ (S. 123) verteilt wird.

Wird aber Arbeit, wie hier vorgeschlagen, als knappes Gut direktiv verteilt, etwa indem Arbeitszeiten verkürzt werden, folgen zwei Probleme daraus: Zum einen wird statt einer sachbezogenen Motivation Dankbarkeit geweckt. Denn die Verteilung der Arbeitsplätze reagiert ja nicht auf einen zur Werterzeugung erhöhten Bedarf, sondern auf die Knappheit. Das knappe Gut soll aufgrund einer bestimmten Gerechtigkeitsvorstellung auf alle verteilt werden. Eine leistungsethische Hingabe an eine Aufgabe wird dabei unterhöhlt und damit letztlich eine weitere Wohlstandssteigerung, die die Grundlage der Verteilung von Einkommen bildet, behindert. Zum anderen werden alte normative und finanzielle Zwänge und Kontrollsysteme durch neue ersetzt, statt die heute durch Produktivitätssteigerungen möglichen Freiheitspotentiale zu nutzen. Die Umverteilung von Arbeit setzt auf den gleichen Geist, von dem die neuen Arbeitsmarktgesetze wie Hartz IV geprägt sind: Auf die Überbewertung der Erwerbsarbeit als einzig sinnstiftend und auf das Misstrauen in die Bereitschaft des Einzelnen, seinen Beitrag zu leisten auch ohne Druck und Umerziehungsmaßnahmen. Und vor allem schreibt dieser Ansatz dem Einzelnen vor, worin er seine Erfüllung finden muss, statt es ihm zu überlassen, sich für

Familie, Beruf oder Engagement für das Gemeinwesen zu entscheiden, für alles nacheinander oder mehreres zugleich.

Gleichheit in Freiheit!

Ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt in einem sehr grundlegenden Sinne einen Vor-schuss auf die Zukunft und setzt ein Vertrauen in den Einzelnen, dass sich seine Bindung an das Gemeinwesen schon äußern wird in seinem Tun oder Unterlassen. Von einem solchen Vertrauen sind viele Konzepte, aber auch der Ansatz von Notz weit entfernt. Wie sonst lässt sich verstehen, dass sie als erklärte Feministin befürchtet, die durch ein Grundeinkommen eröffnete Freiheit führe Frauen in die Abhängigkeit von ihren Männern und in Familienstruk-turen zurück, die sie "am gleichberechtigten Zugang zu existenzsichernder sinnvoller Arbeit behindern" (S. 119)? Mit dieser Annahme erklärt Notz Frauen zu Opfern der Verhältnisse. Sie spricht ihnen hier ihren eigenen Willen und vor allem Entscheidungs- und Durchsetzungsfä-higkeit ab. Nicht ein Grundeinkommen, sondern dieses Frauenbild degradiert Frauen zu Un-terdrückten. Dort, wo abstrakte Verhältnisse beschworen werden, löst sich das handelnde Subjekt auf und wird zum verlängerten, willenlosen Arm der Wirkungsmacht überwältigender Strukturen, zum ausführenden Organ einer Logik von Zwängen. Was für die vermeintlichen Opfer gilt, müsste aber für die beargwöhnten Täter ebenso in Rechnung gestellt werden: sie mutieren dann zu Agenten einer abstrakten Herrschaft. Im Resultat sind beide Seiten der Ver-antwortung für die eigenen Entscheidungen enthoben. Dieser Schluss kann wenig befriedigen, stellt er eher eine Rationalisierung dar, als Handeln von seinem Antrieb her zu verstehen. Be-grreift man Strukturen als Resultat von Entscheidungen, dann stellt sich die für manche Femi-nistin unbequeme Frage nach den Gründen für vorfindliche Familienstrukturen und ge-schlechtsspezifische Segregationen in Branchen und betrieblichen Hierarchien. Könnte es nicht sein, dass Frauen sich für die Fürsorge um ihre Kinder und pflegebedürftige Personen entschieden haben und dass sie in bestimmten Zeiten ihres Lebens der Familie den Vorrang vor beruflichem Erfolg einräumen? Verdiente diese Entscheidung dann nicht Respekt statt moralisierend das Engagement in reziproken Beziehungen abzuwerten gegenüber einer als einzig sinnvoll angenommenen Erwerbsarbeit? Wenn aber gegenwärtige Familien- und Ar-beitsmarktstrukturen nicht Ausdruck der Vorstellung von einem gleichberechtigten Leben von Männern und Frauen sind, ist nach den Bedingungen zu fragen, die für eine selbst bestimmte Lebensgestaltung förderlich wären. Unter gegebenen Verhältnissen ist zu beklagen, dass die Anerkennung solch originär sinnhaften Engagements in Familie und im Gemeinwesen weit hinter einer Erwerbsarbeit zurück steht und dass diejenigen, die sich diese Aufgaben zueigen machen, in finanzielle Notlagen geraten können.

Durch ein Grundeinkommen würde sich indes beides ändern: Indem die Auszahlung an die Staatsbürgerschaft geknüpft ist, erfährt der Bürger als Fundament des Gemeinwesens Aner-kennung und nicht eine bestimmte Form der Leistung. Damit wäre systematisch jede Art von Tätigkeit – sei sie in der Familie, im Beruf oder bürgerschaftlich geleistet – in ihrer Wert-schätzung gleichgestellt, wie es ihrem Stellenwert für den Erhalt und die Entfaltung der Ge-meinschaft entspricht. Keine dieser Entscheidungen führte in eine finanziell prekäre Situation, denn das Grundeinkommen schützt nicht nur vor Armut, sondern soll ein Leben in Würde und

die freie Entscheidung auch über die Teilhabe am öffentlichen Leben, an Politik und Kultur ermöglichen.

Und könnte es nicht sein, dass sich unter einer solchen Anerkennungsordnung sowie unter einer alternativen Form der Einkommenssicherung auch Männer frei fühlten, der Treitmühle einer ‚Arbeit um jeden Preis‘ zu entkommen, sich dafür entschieden, sich um ihre Familien zu sorgen und darunter mehr zu verstehen als die Einkommenssicherung? Die Position des Familienernährers jedenfalls wäre suspendiert, denn jeder, auch Familien, wären auf der Basis eines Grundeinkommens, das pro Kopf gewährt wird, versorgt. Damit entfällt ein häufig geäußerter Grund für die geschlechtsspezifische Aufteilung der Erwerbsarbeit und der familienbezogenen Tätigkeiten. Auch die ‚Zuverdienerin‘ wäre keine typische Position von Frauen, da mit einem Grundeinkommen alle Zuverdiener wären. Die Auseinandersetzung in den Partnerschaften um die gewünschte Form der Aufgabenverteilung wäre damit nicht aufgehoben, wohl aber könnte sie entlastet von finanziellen Zwängen entlang der eigenen Vorstellungen und Neigungen geführt werden. Freiheit heißt auch hier, sich der Zumutung zu stellen, die Frage zu beantworten, was ein selbst bestimmtes und sinnvolles Leben für sich selbst heißt, entsprechend für seine Interessen einzutreten und die Chance einer authentischen Lebensgestaltung zu ergreifen. Diese Chancen der Freiheit und der Gleichheit in Freiheit, die ein Grundeinkommen gewährt, ist in der feministischen Diskussion offenbar noch nicht erkannt worden. Stattdessen liegt in der Position, wie Notz sie hier vertritt, selbst noch eine Verherrlichung von Erwerbsarbeit.

Literatur

Fischer, Ute/Heckel, Stefan/Jansen, Axel/ Liebermann, Sascha/Loer, Thomas (2003): www.Freiheit-statt-Vollbeschäftigung.de